

KOMPAKT

Schach

TURNIER Unter dem Motto »Schach & Matt – Geistige Fitness für Groß und Klein« findet am Sonntag, 29. Januar, zwischen 10 und 17 Uhr das Jonathan-Simon-Schachturnier statt. Es wurde im Andenken an Jonathan Simon (1989–2011) ins Leben gerufen, der ein begeisterter Schachspieler war. Die IKG-Sozialabteilung und das Jugendzentrum Neshama organisieren die Veranstaltung für Schachliebhaber aller Altersstufen (ab 7 Jahren). Weitere Informationen gibt es unter 089/20 24 00 275. Die Registrierung beginnt am Sonntag ab 10 Uhr. *ikg*

Literatur

LESUNG Der Bestsellerautor Jonathan Safran Foer hat sich für seinen neuen Roman *Hier bin ich viel Zeit gelassen*. Nun kommt der Schriftsteller mit seinem bei Kiepenheuer & Witsch erschienenen Roman am Sonntag, 29. Januar, 17 Uhr, ins Literaturhaus, Salvatorplatz 1. Foer erzählt darin von der Ehekrise eines jungen jüdisch-amerikanischen Paares, während sich im Nahen Osten ein Erdbeben ereignet, das die Invasion des jüdischen Staates zur Folge hat. Karten sind unter 089/29 19 340 und am Veranstaltungsort erhältlich. *ikg*

NSU-Prozess

THEATER Je länger der NSU-Prozess dauert, desto deutlicher wird nicht nur das Versagen der staatlichen Institutionen bei der Aufklärung der Terrorakte. Die vergangenen Monate verliefen voller Widersprüche um die Hauptangeklagte und ihre persönliche Stellungnahme. Ein Ende des Prozesses ist noch nicht in Sicht. Am Sonntag, 29. Januar, 20 Uhr, lesen Schauspieler der Münchner Kammerspiele, des Münchner Volkstheaters und des Residenztheaters aus den aktuellen Mitschriften des NSU-Verfahrens, die Reporter der Süddeutschen Zeitung erstellt haben. Karten für die Lesung im Volkstheater in der Briener Straße 50 gibt es unter 089/52 34 655. *ikg*

Familie

KINO Bei den 8. Jüdischen Filmtagen geht es am Mittwoch, 1. Februar, um das Thema Familie. Die Regisseure Emanuel Cohn und Tom Kimmig gehen – aufgrund ihres jeweiligen Hintergrunds – ganz unterschiedlich mit diesem Thema um. Im Jüdischen Gemeindezentrum wird um 19 Uhr Cohns Kurz-Komödie *HaKatan* (*Der kleine Diktator*) mit deutschen Untertiteln und um 20 Uhr Kimmigs Dokumentarfilm *Herr Israel* gezeigt. Dazwischen führt Ellen Presser mit dem gebürtigen Basler Cohn und dem 1968 in Baden-Baden geborenen Kimmig ein Gespräch. Karten sind unter 089/20 24 00 491 und an der Abendkasse erhältlich. *ikg*

Sinti und Roma

QUELLEN Am Donnerstag, 2. Februar, lesen Schüler von 9 bis 14 Uhr im Münchner Volkstheater aus Dokumenten jüdischer Kinder sowie jugendlicher Sinti und Roma aus der NS-Zeit. Der Eintritt ist frei. Um 20 Uhr schließt sich dort ein Abend unter Leitung von Andreas Bönte an, mit dem ebenfalls an die Verfolgung der Sinti und Roma erinnert wird. Karten sind unter 089/52 34 655 und am Veranstaltungsort erhältlich. *ikg*

Gedenkkultur

DISKUSSION Der israelische Historiker Gilad Margalit hat in seinem Werk *Schuld, Leid und Erinnerung*, das nun auf Deutsch im Nomos-Verlag erschienen ist, den Umgang mit Gedenktagen untersucht. Die Wissenschaftler Philipp Gassert, Alan E. Steinweiss und Till van Rahden diskutieren am Donnerstag, 2. Februar, 18 Uhr, im Institut für Zeitgeschichte über die Aktualität von Margalits Analyse. Der Eintritt ist frei. Anmeldungen unter 089/12 68 80. *ikg*

»Höcke ist eine Schande«

INTERVIEW Charlotte Knobloch über das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren, ihre Enttäuschung nach dem Urteil und die Gefahr durch die rechtspopulistische AfD

Frau Knobloch, ein Verbot der NPD wäre für Sie ein notwendiger, längst überfälliger Schritt gewesen. Daraus haben Sie nie ein Geheimnis gemacht. Nun hat das Bundesverfassungsgericht anders entschieden. Sind Sie enttäuscht?
Vor allen Dingen bin ich besorgt über die politischen Entwicklungen vor unserer Haustüre und den erstarkenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Ein Verbot der NPD wäre vor diesem Hintergrund ein wichtiges Zeichen für die politische Hygiene in unserem Land gewesen – vor allem auch aufgrund der spezifischen deutschen Geschichte.

Nach Überzeugung des Verfassungsgerichts ist die NPD zu klein und zu unbedeutend, um eine konkrete Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darzustellen und ein Verbot zu rechtfertigen. Wie bewerten Sie diese Argumentation?
Ich kann die von den Verfassungsrichtern gewählte juristische Argumentation nachvollziehen, und ich muss sie den Regeln unseres Rechtsstaats entsprechend auch respektieren. Aber ich muss sie nicht für gut befinden. Die NPD ist eine Kernorganisation des Rechtsextremismus in Deutschland mit dem Ziel, die Grundordnung und -werte zu beseitigen. Die Partei ist verfassungsfeindlich und unterstützt rechte Gewalt. Sie ist wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus, antisemitisch, rassistisch, und ihr Volksbegriff verletzt die Menschenwürde. Das ist jetzt höchstrichterlich bestätigt. Ein Verbot würde nicht das braune Denken aus den Köpfen beseitigen, wohl aber die NPD. Und das wäre ein wichtiges Signal gewesen. So erleben wir, wie die Hemmungen rechtsaußen noch weiter fallen. Dabei ist es bereits schlimm genug.

Wie meinen Sie das genau?
Pegida und Co. haben eine regelrechte braune Renaissance in Gang gesetzt. Die AfD bewegt sich in einer diffusen politischen Grauzone, in der die Grenzen zwischen Populismus und Extremismus nicht mehr zu erkennen sind. Eine Hemmschwelle scheint es nicht mehr zu geben. Der in Teilen unsensible, geschichtsvergessene und zu großzügige Umgang mit rechtsextremem Gedankengut hat zu einem fatalen Ergebnis in unserer Gesellschaft geführt. Was vor Jahren schon überwunden, nicht einmal denkbar erschien, geistert in Wirklichkeit weiter herum. In der Woche, in der sich die Wannsee-Konferenz zum 75. Mal jährte, wenige Tage vor dem 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz und dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, geht ein AfD-Prominenter daher und postuliert die »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad«. Dieser Typ, Björn Höcke, ist eine Schande für unser Land und unsere gewachsene freiheitlich-demokratische politische Kultur.

Immerhin musste Björn Höcke wegen seiner Äußerungen fast seine Karriere bei der AfD beenden.
Aber eben nur fast. Das interne Parteiaus-schlussverfahren war doch nur Schmierentheater. Die AfD setzt bewusst auf die Stimmen, die ihnen Höcke, Poggenburg und Co. sichern. Das Ausschlussverfahren war schon beendet, bevor es überhaupt losging. Eine klare Distanzierung von den Inhalten von Höckes Tiraden ist zu keinem Zeitpunkt erfolgt. Es kann auch gar nicht anders sein. Der Tabubruch ist Programm. Ausfälle wie der von Höcke sind nicht der Einzelfall, sondern symptomatisch für den extremen Rechtskurs, den die AfD insgesamt ansteuert. Herr Höcke hat nun einmal mehr die Katze aus dem Sack gelassen. Jeder, der mit der Partei oder ihren Protagonisten sympathisiert, kann sich die Rede von ihm im Internet anschauen. Das ist der Jargon der Nazis, ihre Gedankenwelt, 52 Minuten lang. Nichts gewusst zu haben, funktioniert bei der AfD spätestens ab jetzt jedenfalls nicht mehr. Das sollte auch jedem bewusst sein, der dieser Partei seine Stimme gibt.



Fordert mehr Entschlossenheit im Kampf gegen Rechtsextremismus: IKG-Präsidentin Knobloch

Wieso spätestens?
Irrsinniger Anstrengungen bedurfte es auch schon früher nicht, um die extreme politische Ausrichtung der AfD zu erkennen. Herr Höcke hat jetzt nur die letzten Zweifel ausgeräumt. Seine Parteifreunde im baden-württembergischen Landtag, die sich schon nicht von ihrem antisemitischen Kollegen Wolfgang Gedeon trennen wollten, haben dann auch gleich nachgelegt und Höckes Worte in praktische Politik umgesetzt. Wenn es nach ihnen geht, werden mal eben die Fördergelder für die Gedenkstätte Gurs in Frankreich und die Schulfahrten zu Gedenkstätten des NS-Unrechts gestrichen. Exkursionen soll es künftig nur noch zu »bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte« geben.

Weitere Konsequenzen wird es deshalb nicht geben. Für das Bundesverfassungsgericht reichen nicht einmal die unbestreitbar bestehenden verfassungsfeindlichen Ziele der Partei aus, um die NPD zu verbieten.

Ja, weil die NPD angeblich personell zu klein und finanziell zu schwach ist, um eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie darzustellen. Das war ja der wesentliche Grund für die Ablehnung des Verbots. Ob das der realen Rolle der NPD im politischen Spektrum entspricht, ist meiner Einschätzung nach nicht so eindeutig.

Was veranlasst Sie zu dieser Bewertung?
Hier in München, vor dem Landgericht, wird die sogenannte NSU-Mordserie verhandelt. Einer der Angeklagten spielt in dem Kriminalfall mit neonazistischem Hintergrund eine zentrale Rolle. Der Bundesanwalt geht davon aus, dass er die Waffe beschafft hat, mit der danach eine Polizistin und neun Geschäftsleute erschossen wurden. In Thüringen war er über viele Jahre eine feste politische Größe – als führender Neonazi und als Mitglied des NPD-Landesvorstands und in anderen Funktionen. Solche Überlappungen kommen im Personaltableau der NPD erstaunlich oft vor.

Sind diese Überschneidungen ein Hinweis darauf, dass die Rolle der NPD im rechtsextremistischen Spektrum größer ist als angenommen?
Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, dass die politische Schlagkraft einer Partei nicht so ganz einfach messbar ist und vielen Parametern unterliegt, nicht nur der Größe und dem Kassenstand. Relevanter sind die Inhalte der rechten Netzwerke, die sich im und über das Internet bilden, organisierte Hetze betreiben, Angst erzeugen und rechtsfreie Räume schaffen. Die Ausmaße sind unerträglich, nicht hinnehmbar.

Haben Sie den Eindruck, dass insgesamt zu wenig getan wird, um rechte, rassistische und antisemitische Entwicklungen zu unterbinden?
Bislang hat die Demokratie der Bezeichnung »wehrhafte« nicht genug Ehre gemacht. Wenn es bereits brandgefährlich wird, ist es oft zu spät, sich zu wehren. Viel zu leichtfertig vertraut man der Stabilität, zu träge verteidigt man die zivilisatorischen Errungenschaften, zu sorglos sieht man den Entwicklungen zu. Das Urteil im NPD-Verbotsverfahren ist eine Folge davon. Dass Woche für Woche Neonazis bei Pegida, speziell hier in München, ungehindert und beschützt antisemitisch und rassistisch hetzen dürfen, eine weitere. Umso mehr sind wir jetzt aufgefordert, die Menschenrechte zu verteidigen, die politische Kultur vor Hass und Verrohung zu schützen und das Vertrauen und den Respekt vor der Staatsgewalt an breiter Front wiederherzustellen. Alle sind gefordert.

Mit der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sprach Helmut Reister.

■ Mit der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sprach Helmut Reister.

Reifeprüfung bestanden

BESCHLUSS Das Jüdische Gymnasium in Trägerschaft der IKG wird als staatliche Ersatzschule anerkannt

Auf dem Weg zu einer vollkommen eigenständigen Schule hat das Jüdische Gymnasium in Trägerschaft der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern eine weitere wichtige Hürde überwunden. Das Kultusministerium gab bekannt, dass erst im vergangenen September eröffnete Jüdische Gymnasium schon jetzt staatlich anzuerkennen. »Wir freuen uns, dass unser Konzept so gut aufgeht«, kommentiert IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch die Entscheidung des Ministeriums. Ein jüdisches Gymnasium stand bei ihr schon viele Jahre ganz oben auf der Wunschliste – und im vergangenen Jahr klappte es dann auch. In den Anfangsjahren erfolgt noch eine besonders enge Kooperation mit dem Theresien-Gymnasium, um möglichst schnell ins richtige Fahrwasser zu gelangen. Außerdem erfolgt die Umsetzung des pädagogischen Konzepts

in Absprache mit dem zuständigen Ministerialbeauftragten. Am Erfolg des Projekts hat aber auch das Ministerium keinen Zweifel. So heißt es in dem Bescheid: »Diese enge Zusammenarbeit bietet Gewähr dafür, dass das Gymnasium dauernd

die an gleichartige oder verwandte öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen erfüllt.« Schriftlich festgehalten ist auch, dass das Gymnasium schon jetzt in der Frühphase seines Bestehens die wesentlichen Anforderungen einer staatlich voll anerkannten Bildungseinrichtung erfüllt. Man sei auch fest davon überzeugt, heißt es, dass der Betrieb des Gymnasiums keine kurzzeitige Erscheinung, sondern auf Dauer ausgerichtet ist.

In dem Schreiben geht das Kultusministerium auch auf den historischen Hintergrund und die daraus resultierende Verantwortung der Gesellschaft ein. Das ursprüngliche Jüdische Gymnasium in München musste kurz nach dem Ende der NS-Zeit seine Pforten schließen. Der Grund dafür: Nach dem Holocaust und der Flucht vieler Juden gab es einfach nicht genügend Schüler. *hr*



IKG-Präsidentin Knobloch (M.) mit Vertretern des jüdischen Gymnasiums